



# 2018/24 Inland

<https://www.jungle.world/artikel/2018/24/trumps-mann-berlin>

**Über die neuesten Entwicklungen im deutsch-amerikanischen Verhältnis**

## **Trumps Mann in Berlin**

Kommentar Von **Arthur Buckow**

**Richard Grenell, der neue US-Botschafter in Berlin, bringt Sozialdemokraten und andere Deutsche in Rage.**

Martin Schulz ist bekanntlich der Mann, der bei der Bundestagswahl die SPD dicht an die AfD hinunterschrumpfte. Danach wurde es angenehm ruhig um ihn. Dass Schulz vergangene Woche wirkte, als ließe die Wirkung eines ihm verabreichten Beruhigungsmittels nach, liegt an Donalds Trumps neuem Botschafter in Berlin, Richard Grenell. Der benehme sich »nicht wie ein Diplomat, sondern wie ein rechtsextremer Kolonialoffizier«, das sei »einmalig in der internationalen Diplomatie«. Sahra Wagenknecht sekundierte volksfröntlerisch und forderte die umgehende Ausweisung des Neuberliners wegen dessen »Gutsherrenart«.

Was nur hatte Grenell verbrochen? Am Tag seiner Akkreditierung, dem symbolträchtigen 8. Mai, forderte er – sozusagen als erste Amtshandlung – den Rückzug der deutschen Wirtschaft aus dem Iran. Wenig später bekundete er, Konservative in Europa stärken zu wollen. Man müsse sich bezüglich Migration, Steuern und Bürokratie »konsistent konservativ« äußern und die »schweigende Mehrheit« ansprechen. Damit ist Grenell ein angemessener Vertreter Trumps in Berlin: erratisch mit einigen hellen Momenten, aber auch einer veritablen Neigung zum Rechtspopulismus. Zum Posterboy der Ideologiekritik taugt so einer allenfalls, wenn man schlecht hegelnd eine List der Vernunft unterstellt und es auch sonst nicht mehr ernst mit der befreiten Gesellschaft meint.

Derweil bricht im Jargon von Schulz und Wagenknecht ordinärer Antiamerikanismus durch. Mit ihrer Rage gegen die USA glauben sie, Stimmen gewinnen zu können. Was einigermaßen dumm ist, denn die Rede vom kolonialistischen Amerikaner, der sich an – irgendetwas vergeht – diesmal an der Diplomatie –, und von dessen Gutsherrenart taugt hierzulande kaum zur politischen Distinktion.

Zugegeben: Es ist an der Regierung Trump kaum etwas schönzureden. Der Präsident ist ein misogyner Narzisst, US-amerikanische Rassisten halten ihn ebenso für »ihren Mann« wie der Despot im Kreml – aus guten schlechten Gründen – und von der freien Presse, der sogenannten vierten Gewalt, hält er so wenig wie von der Gewaltenteilung zwischen den

drei staatlichen. Wenn aber nach dem G7-Desaster von Vancouver nun der EU-Außenpolitiker Elmar Brok lamentiert, der Westen scheine »als Leitidee für eine weltweite Wirtschafts- und Sicherheitsarchitektur sowie gemeinsame Werte« am Ende zu sein, dann hat der CDU-Mann nur halb recht, denn das Postulat einer Wertegemeinschaft war seit je nur Ideologie. Trump beendet diese Farce und setzt konsequent auf das Konzept von »America First«. Beim Geld – sprich: bei der Außenhandelsbilanz – hört bekanntlich die Freundschaft auf. Oder sie blüht erst richtig auf: Demokratie und Menschenrechte sind auch den Europäern nur Gedöns, wenn es gilt, für ihre Industrien den Iran-Deal zu retten. Überhaupt mischt sich ins Zittern der Stimmen jener Kommentatoren, die jetzt das Ende des Westens und der Nachkriegsordnung behaupten, gerade hierzulande auch freudiges Glücken.

Bei allem transatlantischen Elend: Die US-Botschaft in Israel steht nun in Jerusalem und der Iran-Deal ist aufgekündigt. Darüber hinaus herrscht im US-Außenministerium zwar Planlosigkeit, aber das geht den europäischen Amtskollegen nicht anders. Der Unterschied ist der: Die EU lässt Federica Mogherini für sich sprechen, in Washington handeln Freunde Israels. Was darüber hinaus politisch in den USA folgt, ist offen. Konservative Journalisten wie Bari Weiss oder Bret Stephens schreiben heutzutage in der *New York Times* – gegen Trump. Jede Sendung von Linksliberalen wie Bill Maher oder Stephen Colbert hat mehr gesellschaftskritische Substanz und Relevanz als beispielsweise der jüngste Parteitag der Linkspartei. Und die großartige Margo Price singt vor und mit Zehntausenden auf Country-Festivals vom »Pay Gap«. Es gibt also noch Hoffnung. Zumindest auf der anderen Seite des Atlantik.